Medienmitteilung Nr. 1180

Bern, 27. August 2020

## Nationalrätin Christine Badertscher (GPS/BE) neu im Vorstand der SAB

Die Berner Nationalrätin Christine Badertscher nimmt neu Einsitz im Vorstand der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB. Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach wurde für weitere vier Jahre als Präsidentin der SAB bestätigt. Auch alle anderen Vorstandsmitglieder wurden durch die Generalversammlung wieder gewählt. Die SAB hat zudem heute in Bern erneut ihre Gründe für ein Ja zur Revision des Jagdgesetzes und ein Nein zur Begrenzungsinitiative dargelegt.

Wegen der Corona-Krise hat die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB ihre diesjährige Generalversammlung auf dem schriftlichen Weg durchgeführt. Die Mitglieder der SAB konnten brieflich und online abstimmen. Im Zentrum standen die alle vier Jahre anstehenden Gesamterneuerungswahlen. Alle amtierenden Vorstandsmitglieder hatten sich für eine neue Periode zur Verfügung gestellt und wurden wiedergewählt. Somit wird die SAB weiterhin von Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP/FR) präsidiert. Als Vizepräsidenten amten Staatsrat Laurent Favre (FDP/NE) und Nationalrat Martin Candinas (CVP/GR). Neu in den Vorstand gewählt wurde zudem Nationalrätin Christine Badertscher. Christine Badertscher vertritt seit Ende 2019 den Kanton Bern und die Grüne Partei im Nationalrat. Durch ihre frühere berufliche Tätigkeit beim Schweizerischen Bauernverband bestanden seit längerer Zeit sehr gute Kontakte zwischen Christine Badertscher und der SAB. Anlässlich ihrer Wahl hielt sie denn auch fest: «Ich freue mich auf die neue Aufgabe und die Zusammenarbeit mit dem Vorstand und der Geschäftsstelle der SAB».

Ebenfalls gewählt wurden die Mitglieder des Rates der Berggebiete. Der Rat der Berggebiete setzt sich zusammen aus dem Kreis der Mitglieder der SAB und soll dem Vorstand der SAB Empfehlungen abgeben. Der Rat der Berggebiete umfasst neu 45 Mitglieder aus allen Landesgegenden.

## Ja zum Jagdgesetz und Nein zur Begrenzungsinitiative

Die Präsidentin der SAB wies heute in Bern vor den Medien nochmals auf die Bedeutung der bevorstehenden Abstimmungen vom 27. September 2020 für die Berggebiete und ländlichen Räume hin. Der Umgang mit den Grossraubtieren stellt eine enorme Herausforderung für die Landwirtschaft und den Tourismus in den Berggebieten und ländlichen Räumen dar. Die Wolfsbestände haben in den letzten Jahren exponentiell zugenommen und führen zu immer mehr Konflikten. Trotz Schutzmassnahmen wie Elektrozäunen und Herdenschutzhunden kam es auch in diesem Sommer wieder zu zahlreichen Rissen von Nutztieren. Die Landwirte wissen nicht mehr wie weiter und sind von der Politik enttäuscht. Die Revision des Jagdgesetzes bietet die Chance, das veraltete Jagdgesetz zu modernisieren und den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Für die Berggebiete und ländlichen Räume ist auch die Begrenzungsinitiative von grosser Bedeutung. Die Berggebiete und ländlichen Räume sind in erheblichem Ausmass auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Eine Annahme der Initiative würde unmissverständlich zu einer Aufhebung der Personenfreizügigkeit führen und damit die Rekrutierung von ausländischem Personal erschweren. Auch die anderen Abkommen der Bilateralen I wären auf Grund der Guillotine-Klausel hinfällig. Die SAB empfiehlt deshalb, am 27. September das revidierte Jagdgesetz anzunehmen und die Begrenzungsinitiative abzulehnen.

## Weitere Informationen:

- Christine Bulliard-Marbach, Präsidentin der SAB und Nationalrätin, Tel. 079 449 05 69
- Thomas Egger, Direktor der SAB, Tel. 079 429 12 55